



Ungarn die Okkupation Bosniens in eine Annexion verwandelt hatte, die Ruhe aller großen Staaten zu führen. Seit Europa diese Meinung ausspricht, wird denn auch von den Ministern und König Peter selbst — der einem französischen Journalisten sagte, Serbien fordere nur ein wenig Luft, nur ein Plätzchen an der Sonne, einen Auszug — versichert, daß Serbien überhaupt keine militärischen Vorkehrungen getroffen habe, die irgend jemanden beunruhigen können. Die serbische Regierung ist in ihren Äußerungen friedlich geworden, weil sie endlich erkennen muß, daß sie ohne andere moralische Unterstützung als die der Panславisten dastände, wenn sie sich hinterheßen lassen wollte, den im vorhinein verlorenen Kampf gegen Oesterreich-Ungarn zu beginnen, und daß sonst niemand ihren Ansprüchen auch nur die mindeste Berechtigung zugesieht. Sie hat es jetzt nicht mehr weit zu der andern Erkenntnis, daß es für sie am besten wäre, eine direkte Aussprache mit der Nachbarmonarchie zu suchen, die Serbien sehr wichtige Vorteile gewähren könnte. Wenn die serbische Regierung den Weg nach Wien wählt, so wird sie hier gewiß Entgegenkommen finden. In Oesterreich-Ungarn will man ein gutes Verhältnis zu Serbien. Wenn Serbien erklärt, daß es auf seine politischen Wünsche verzichtet — über wirtschaftliche Wünsche wird sich reden lassen. Wenn in Belgrad der Revanché- und Großmachttrausch verfloren ist, wird sich zeigen, daß eine freundliche Nachbarschaft, die Serbien nur nützen kann, sehr wohl möglich ist.

**Die Schatzscheine und das Verfassungsrecht.**

Äußerungen von Dr. Max Lohr,

ordentlichem Professor des Verwaltungsrechtes an der Grazer Universität.

Graz, 1. März.

Ich halte den von der Regierung eingeschlagenen Weg, der nach meiner Ansicht ein Novum darstellen dürfte, nicht für den richtigen.

Die Aufnahme einer Anleihe ist meines Wissens bisher immer auf Grund gesetzlicher Ermächtigung erfolgt. Die Regierung glaubt offenbar, an Stelle der Begebung der jetzt tief im Kurs stehenden Rente, wozu sie ja die Ermächtigung des Parlaments besitzt, Schatzscheine ausgeben zu können, um diese später mit Hilfe der aus der Herausgabe von Renten stammenden Mittel zu ersetzen. Das heißt also, sich auf die Begebung der Rente, die sie jetzt wegen des niedrigen Kurses nicht begeben will, einen Vorstoß zu nehmen.

Sie geht hierbei offenbar von der Meinung aus, daß hiedurch keine selbständige Belastung des Staatsschatzes eintrete. Offiziell hat sich die Regierung darüber noch nicht geäußert.

Diese Annahme der Regierung kann aber nach meinem Dafürhalten nicht richtig sein. Rente und Schatzscheine sind verschiedene Schulden, wenn auch eine Karantilität vorhanden sein mag.

Tatsächlich liegt hier, glaube ich, ein verfassungswidriger Vorgang vor. Es ist nicht gleichgültig, was die Regierung für eine Meinung in einer solchen Frage hat. Jede Schuld, die der Staat aufnimmt, ist eine Staatsschuld und bedarf der gesetzlichen Ermächtigung, und sie hätte daher auch bei der Ausgabe von Schatzscheinen der gesetzlichen Ermächtigung des Reichsrates bedurft.

**Die Schatzscheine im Lichte der Verfassung.**

Von Dr. Ludwig Spiegel,

Professor des Staatsrechts an der deutschen Prager Universität.

Prag, 1. März.

Man muß bezüglich der Zulässigkeit der Schatzscheinemission zwei Fragen unterscheiden: die formaljuristische und die sachliche Frage.

In formaler Hinsicht kann es kaum einem Zweifel unterliegen, daß zur Aufnahme, sei es auch nur einer schwebenden Schuld, die gesetzliche Ermächtigung erforderlich ist, und daß die Ermächtigung zur Ausgabe von Renten nicht auch die Ermächtigung zur Ausgabe von Schatzscheinen in sich schließt.

Aber andererseits kommt in Betracht, daß die Regierung nicht bloß für die formale Verfassungsmäßigkeit ihrer Finanzoperationen verantwortlich ist, sondern daß sie auch bestrebt sein muß, bei Finanzmaßnahmen des Staatskredits einen möglichst günstigen finanziellen Effekt zu erzielen. Wenn ihr dem Reichsrat gegenüber der Nachweis gelingt, daß die Emission der Schatzscheine günstiger ist als die ihr vom Gesetz gestattete Rentenemission, so kann sie mit einer gewissen Berechtigung auf die Erteilung der Indemnität hoffen, wodurch dann der formal anscheinbare Vorgang vollkommen saniert würde.

Als ein Moment von nicht zu unterschätzender Bedeutung käme dabei gewiß in Betracht, daß sich die Regierung die Zustimmung der reichsrätlichen Staatsschulden-Kontrollkommission verschafft hat. Uebrigens würde der Regierung auch das Mittel zu Gebote, die gesetzliche Ermächtigung durch eine auf Grund des § 14 zu erlassende kaiserliche Verordnung zu supplieren, was § 10, lit. a des Gesetzes vom 10. Juni 1868, Nr. 54 R.-G.-Bl. ausdrücklich vorsieht.

**Wichtige Erklärungen des ungarischen Ministerpräsidenten über Serbien.**

Wien, 1. März.

Im ungarischen Magnatenhause war heute eine wichtige Debatte, in welcher der gewesene Ministerpräsident Graf Stephan Tisza über die durch die Annexion Bosniens und der Herzegowina entstandenen auswärtigen Verwicklungen sprach. Von großer Bedeutung war die Antwort, welche der ungarische Ministerpräsident Doktor Weterle auf diese Rede gab. Der Ministerpräsident erklärte nämlich, daß Serbien eine Verletzung seiner Rechte in der Annexion nicht erblicken könne und daher auch in dieser Frage gar nichts dreinzureden habe. Die österreichisch-ungarische Monarchie werde nicht zugeben, daß irgend eine andere Macht sich in ihre inneren Angelegenheiten mische. Dieser Standpunkt der österreichisch-ungarischen Monarchie ist schon wiederholt kundgegeben worden. Neu war jedoch die mit großer Entschiedenheit abgegebene Erklärung des ungarischen Ministerpräsidenten, daß in den zwischen unserer Monarchie und Serbien schwebenden Streit eine dritte Macht sich nicht hineinzumengen habe.

Diese Stelle der Rede des ungarischen Ministerpräsidenten wird nicht verschlen, die allgemeine Aufmerksamkeit hervorzurufen. Denn sie weist klar und deutlich auf die letzten Vorfälle hin, die sich bei den Verhandlungen der europäischen Diplomatie abgespielt haben. Damals ist der Vorschlag aufgetaucht, daß die euro-

päischen Mächte nicht nur in Belgrad, sondern auch in Wien einen Schritt unternehmen sollen. Dieser Vorschlag ist infolge der Weigerung Deutschlands, daran teilzunehmen, wieder fallen gelassen worden. Zurückgeblieben ist jedoch das Bestreben, die Mächte über einen in Belgrad zu unternehmenden Kollektivschritt zu einigen. Rußland hat jedoch nach einigem Schwanken wieder einen selbständigen Schritt in Belgrad unternommen, und die serbische Regierung hat geantwortet, daß sie ihr Schicksal in die Hände der Großmächte lege.

Wie eine Polemik gegen diese Auffassung der serbischen Politik und namentlich gegen die damit verbundene diplomatische Aktion Rußlands klingt die bemerkenswerte Stelle in der Rede des ungarischen Ministerpräsidenten, welche sagt, daß in den zwischen uns und Serbien schwebenden Streit keine dritte Macht sich hineinzumengen habe. Der ungarische Ministerpräsident will damit sagen, daß der Streit nur zwischen uns und Serbien entschieden werden könne; entweder durch friedliche Mittel, auf dem Wege der Verhandlungen zwischen unserer Monarchie und Serbien oder, wenn es nicht anders geht und die feindselige Bewegung in Serbien fortbauert und alle Hilfsquellen der Geduld erschöpft sind, durch einen Kampf, zu dem es aber, wie unsere Monarchie immer noch hofft, schließlich nicht kommen werde.

Der ungarische Ministerpräsident Dr. Weterle hat aber mit allem Nachdruck erklärt, daß eine dritte Macht sich zwischen uns und Serbien nicht schieben könne. Daraus geht hervor, daß Oesterreich-Ungarn auf diesem Gebiete weder einen Vermittler annimmt noch die Wünsche Serbiens aus dem Munde einer dritten Macht erfahren will. Wenn die serbische Regierung den Frieden wirklich wünscht, muß sie eine ganz unfruchtbare Pose ablegen und den Weg der Verhandlungen betreten, der sich schon mit Rücksicht auf die Notwendigkeit, das zollpolitische Verhältnis in der alternativen Zeit zu regeln, nicht wird vermeiden lassen. Serbien beklagt sich stets darüber, daß seine Selbständigkeit durch unsere Politik bedroht sei. Selbständiger kann es aber gar nicht behandelt werden, als durch eine Auffassung, welche verlangt, daß Serbien nicht als Mündel einer anderen Macht, sondern frei von jeder Bevormundung, direkt über die Voraussetzungen der Rückkehr zu den früheren wohlwollenden Beziehungen spreche. Es wird weder ihm gestattet sein, aus der Annexion Bosniens und der Herzegowina territoriale Ansprüche für sich abzuleiten, noch wird es einer dritten Macht gestattet sein, die serbischen Ansprüche gegen uns oder bei uns zu vertreten.

**Unterredung mit dem japanischen kaiserlichen Prinzen Kuni.**

Wien, 1. März.

Seit über einer Woche hält sich in Wien das Mitglied des japanischen Kaiserhauses Prinz Kuni auf. Der Prinz wurde vom Kaiser empfangen, zur Hofkapell zugezogen und auf alle Weise, insbesondere in den militärischen Kreisen, ausgezeichnet. Der Prinz beabsichtigt, bereits heute Wien zu verlassen, und am Vorabend seiner Abreise hat er noch einen Mitarbeiter unseres Blattes empfangen, der uns über den Besuch beim Prinzen den nachfolgenden Bericht übermittelt:

Der Prinz bewohnt eine Suite von Gemächern im ersten Stock des Hotel Imperial, und in einem der großen Salons fand auch die Unterredung mit dem Prinzen statt. Es war der Botschafter am Wiener Hofe Baron Uchida, der es übernahm, den Besucher beim Prinzen einzuführen. Der Prinz ist klein von Statur

schreit mir ein Individuum, das wie ein Briefträger aussieht, aus einem Boot heraus in rauhem Deutsch mit rabiaten Gesten zu, nicht die Festung zu photographieren! Ich lache und sage gelassen zurück: „Aber nein, ich will ja bloß die Mörser, die Festung ist doch sicher den Italienern längst genau bekannt, also wozu?“ Aber schon bewegen wir uns wieder, ich habe die kleine Mörse verloren, nun freut's mich auch nicht mehr. Und den blauen Golf entlang, still auf dem Deck spazierend, genieß ich das Glück des silberweißen Tages und denke nur insgeheim, daß es gar nicht so einfach ist, den Menschen Mut zu Dalmatien zu machen! Und schon biegen wir wieder in die gelinde Bucht von Gravosa, wir landen, siehe, da springt ein aufgeregter Herr aus Schiff, ein Telegramm in der Hand schwingend: der Polizeikommissär! Mein Pech war nun, daß unser Kapitän mich kannte und dem Kommissär meinen Namen nannte. Und leider war es ein wohl gebildeter und wohl gestitteter, sehr artiger Kommissär (auch das gibt's!), der sich höflich entschuldigte, mir zur Entschuldigung das Telegramm wies, das jener gelb ausgeschlagene Sacl von Caselnuovo dem Spion mit dem Kodak patriotisch nachgeschickt, nur „der Form wegen“ meinen Paß zu sehen bat und mir, wohl auch „nur der Form wegen“, den Apparat abnahm, aber baldigt nachzuwendend versprach — aber sicher wird die Polizei schlecht „entwickeln“! Schade. Wie schon wär's gewesen, in Ketten über den Stradone zu marschieren! Die besten Gelegenheiten verkauft man. Ernsthaft: wenn ich nun nicht zufällig „einer von der Zeitung“ wär, die jeder haßt, aber mit einer solchen Heidenangst davor? Wenn ich ein unbekannter junger Maler wär? Oder gar ein ehrfamer, lustiger Schneidergesell? Den hätten sie drei Wochen eingesperrt und mit dem Schub nach Haus geschickt.

Ich höre nun liebe Wiener sagen: Muß er denn auch grad jetzt nach Dalmatien gehen, bei den aufgeregten Zeiten? Sie haben ganz recht: man muß nicht. Aber darum handel' es sich ja grad: denn die Dalmatiner möchten doch, daß man muß. Und seit Jahren werden doch in den Ministerien so viele Köpfe gekratzt, dienstlich oder freiwillig, was denn geschehen soll, damit man nach Dalmatien muß! Und wie kann ich den Dalmatiner den Gefallen tun und in die Zeitung schreiben, daß hier niemand was von Kriegsgefahr und Aufregung weiß und alles still und friedlich ist, wenn man nicht einmal mehr

dem banalen Mädchenport des Kodaks frönen darf, in seinem eigenen Lande nicht? Ja, die Dalmatiner gehen freilich ruhig ihren Arbeiten und Sorgen nach, sie wissen nichts von Lärm und Furcht, sie sind still und friedlich wie sonst, sie schon; das ist schon wahr. Aber die Polizei macht das Land unsicher, und da hab' ich's: Ich muß in diesem Saal nur Verwaltung noch für Polizei einsetzen, und er brüht vollkommen das Gefühl aus, das mir in Dalmatien nicht von der Seite geht. Die Verwaltung macht Dalmatien unsicher, das ist es. Seit Jahren reise ich hier und muß mich immer wieder fragen, was denn so bang und schwer hier auf allen Menschen und allen Dingen liegt. Und eigentlich kommt's mir immer mehr und mehr so vor: Wir haben dieses Land inne, wir halten es besetzt und bewacht, aber wir eignen es uns noch immer nicht an, dafür tun wir nichts. Wir eignen es uns nicht an, denn dazu gehörte Vertrauen bei beiden; und Vertrauen hat keins. Das Verhältnis ist: dem Dalmatiner ist von vornherein alles verächtlich, was von der Regierung kommt, und der Regierung ist von vornherein alles verächtlich, was der Dalmatiner will; und trifft es sich zuweilen einmal, daß beide dasselbe wollen, so kriegen beide Angst und beide denken, daß sie sich geirrt haben müssen! Die Regierung sagt, sie will das Beste. Möglich. Die Dalmatiner sagen auch, sie wollen das Beste. Höchst wahrscheinlich. Und dieses Beste, wovon ineinander geredet und worüber in einensort geschrieben wird, warum geschieht es nie? Weil die Regierung meint, es müsse von ihr aus geschehen, nach ihrer Wohnmeinung und als eine Belohnung sozusagen, die sich die Dalmatiner erst durch artige Sitten zu verdienen hätten. Und weil die Dalmatiner verlangen, daß es durch sie selbst geschehe, durch ihres eigenen Volkes Kraft und nach seinem Bedürfnis und als sein Recht. Darum bleibt, was immer man in Wien für Dalmatien „erlassen“ mag, die Stimmung im Lande stets: Timso Danaos et dona ferentes. Man muß in alten Memoiren nachlesen, aus der Zeit, als wir noch in Oberitalien saßen. Auch da sind wir immer Danaos geblieben. Und unsere Verwaltung macht überall immer doch die alten Dummheiten wieder!

Somit wenn ich nach Dalmatien kam, war ich auf den Zufall angewiesen, mir in den Gassen die Stimmungen der Menschen zu erkunden. Diesmal haben es mir Empfehlungen erleichtert, die ich dem Grafen Ivo

Bojinovic, dem großen kroatischen Dichter, verdanke; sie schloffen mir manches gastliche Haus auf. Nun sind mir diese jehuen, ernsten, schwermütigen Menschen erst recht ins Herz gedrungen! So traurig sind sie, so preisgegeben und ausgefetzt fühlen sie sich, mit ihrer tiefen Liebe zur Heimat. Und immer dieselbe Klage: Niemand will uns anhören, man traut uns nicht, wie in feindlichem Land haufen sie mit uns! Und überall hat man mir dieselbe Geschichte wieder erzählt: wie vor ein paar Jahren der Stadt Ragusa, weil einmal in ihren Straßen auf den durchfahrenden Prinzen Danielo von Montenegro zu stark hoch gerufen wurde, strafweise ein Bataillon entzogen worden sei, strafweise, als wären wir unartige, schamlose Suben! Noch klingt mir immer der dunkle, jahmverhüllte Ton zorniger Kränkung im Ohr, in dem mir's alle erzählten: Wie schlimme Suben, die man in den Winkel stellt! Und darum geht schließlich alles: sie wollen nicht von Wien „erzogen“ werden, sie fühlen sich reif, sich selbst zu erziehen, ihr eigenes Leben wollen sie haben, ihrer eingeborenen, angestammten Art gemäß! Und dann rücken sie an einen ganz nahe heran, und die mandelförmigen, samtenen Augen glänzen ihnen, und die kindlich-treuerzig, beteuern sie, es sei wirklich nicht wahr, daß sie Hochverräter sind, nur ihr schönes Land möchten sie für sich haben!

Noch eine Geschichte haben mir alle gerne erzählt. Als der Kaiser Franz einst nach Ragusa kam, gefiel ihm eine Strafe sehr. Und er hörte: Die haben die Franzosen gemacht! Und dann gefiel ihm eine Bräute. Und er hörte: Die haben die Franzosen gemacht! Und noch manches gefiel ihm. Und immer hörte er: Das haben die Franzosen gemacht! Bis er endlich sagte: Schad', daß F nicht länger da blieben sind, die Franzosen! So sprach der staatsmännische Kaiser Franz.

Uebrigens, wenn die Ragusaner Polizei noch weiter nett mit mir sein wird, mit meinem Apparat unverfehrt wiedergibt und den Film nicht verdorben hat, will ich mich revanchieren und ihr raten, wie sie sich noch patriotischer betätigen kann: Sie soll doch auch die Anführerinnen der Woche konfiszieren!

Einstweilen aber sinne ich nach, wie ich's aufstellen soll, um wieder Luft zu kriegen, den Leuten Luft zu Dalmatien zu machen.